

# **JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK**

vol. XXXI 3-2015

## **DEPENDENZTHEORIEN RELOADED**

Schwerpunktredaktion: Stefan Pimmer, Lukas Schmidt

Herausgegeben von:  
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik  
an den österreichischen Universitäten

## Inhalt

- 4 STEFAN PIMMER, LUKAS SCHMIDT  
Dependenztheorien *reloaded*
- 11 FERNANDA BEIGEL  
Das Erbe des lateinamerikanischen *Dependentismo*  
und die Aktualität des Begriffs der Abhängigkeit
- 39 MATTHIAS EBENAU  
Abhängige Entwicklung im 21. Jahrhundert: ein kritischer Dialog  
zwischen Dependenztheorie und *Neodesarrollismo*
- 60 TANJA ERNST  
Jenseits des ‚westlichen‘ Fortschrittsparadigmas?  
Zum widersprüchlichen Verhältnis von Dependenz, Differenz  
und Demokratie in Bolivien
- 86 RUDY WEISSENBACHER  
Periphere Integration und Desintegration in Europa:  
Zur Aktualität der „Europäischen Dependenzschule“
- 112 Schwerpunktredakteure und AutorInnen
- 115 Impressum

**RUDY WEISSENBACHER**

**Periphere Integration und Desintegration in Europa:  
Zur Aktualität der „Europäischen Dependenzschule“<sup>1</sup>**

[D]espite the relevance of dependency theories to European problems, they have made little headway in our universities. There are other reasons, apart from our parochialism and [...] linguistic weaknesses [...]. First, an explicitly interdisciplinary school does not fit readily into the typical unidisciplinary syllabi and research programmes. Perhaps more important, its style runs counter to prevailing academic fashions. An economist, in particular, who picks up a book by a dependency theorist is likely to notice the lack of algebra. [...] The fashionable models are mathematical, and to the greatest extent possible, quantifiable. This is understandable. It would be very convenient if only social problems could be reduced to algebraic functions: the solutions would then be straightforward. [...] Many of the propositions of dependency theory cannot easily be cast in mathematical terms, still less are they readily quantifiable. The theory is in large part about hierarchies, institutions and attitudes. (*Dudley Seers 1981: 15*)

Dudley Seers, ein wichtiger Vertreter einer Gruppe von ForscherInnen, die ich als „Europäische Dependenzschule“ zusammenfasse, hob bereits in den 1970er Jahren die Wichtigkeit von Zentrum/Kern-Peripherie-Beziehungen im Europäischen Integrationsprozess hervor. Heute zeigen die Auseinandersetzungen innerhalb der Europäischen Union (EU), insbesondere innerhalb der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), deutlich, dass sich soziale, politökonomische Konflikte wieder stärker regional und territorial manifestieren. Mit dem Beginn der derzeitigen Krise wurde der Begriff Peripherie als Bezeichnung für Länder der Euro-Zone Teil der Alltagssprache. Ganz generell sucht man aber das Gegenstück zur Peripherie, nämlich einen Kern oder ein Zentrum, auch in wirtschaftswissenschaftlichen Publikationen meist vergebens. Dies

ist nicht überraschend, denn die an der ökonomischen Neoklassik orientierten Vorstellungen, die in den letzten drei Jahrzehnten vorherrschend waren, gehen von einem Gleichgewichtszustand aus, der sich durch Handel oder Faktoraustausch bewerkstelligen ließe. Das Streben nach einem „natürlichen“ Gleichgewicht kommt ohne politökonomische Hierarchisierung aus, allerdings bleibt es, wie es die derzeitige Situation in einer der reichsten Gegenden der Welt – der EU – deutlich macht, eine Wunschvorstellung.

Sozialwissenschaftliche Phänomene, und dazu gehören wirtschaftswissenschaftliche, sind stark von Machtfragen beeinflusst. Die Begriffe Zentrum/Kern und Peripherie stammen schon aus dem Lateinamerikanischen Strukturalismus und der Polarisierungstheorie, die Lateinamerikanische Dependenzschule hat ihnen aber in den 1960er Jahren eine neue Dynamik verliehen. Ob man eher Kern oder Zentrum verwendet, hängt wohl mit dem linguistischen Bezugsrahmen zusammen. Ich werde, auf Basis der hier verwendeten Literatur, Kern (englisch: „core“) verwenden (für Definitionen von Kern und Peripherie vgl. Weissenbacher 2015). Die verschiedenen theoretischen Ansätze des „Dependenzparadigmas“ versuchten in ihren Analysen die Ebenen von sozialer und geographischer Hierarchisierung des globalen Kapitalismus zu verknüpfen, die Ursprünge von Abhängigkeit zu erkunden und Auswege zu skizzieren. Es ist allerdings wenig bekannt, dass dieses Paradigma eine starke Ausstrahlung auf Forschungsnetzwerke hatte, die Elemente dieser Denkschule auf die europäische Situation anwandten. Ich betone hier ausdrücklich die *Anwendung* auf Europa, denn gerade im deutschsprachigen Raum wurden AutorInnen der lateinamerikanischen Dependenzschule schon bald übersetzt und diskutiert. Die hegemoniale Hauptströmung der Wirtschaftswissenschaften blieb durch das Dependenzparadigma unbeeindruckt, die dependenztheoretischen Arbeiten schafften es aber, ein theoretisches Vakuum zu füllen. Sie wurden „mit großer Schnelligkeit als Rettungsanker in politischer und theoretischer Not vom linksliberalen Flügel der internationalen entwicklungstheoretischen ‚community‘ rezipiert und bildeten die Grundlage des neuen Verständnisses der Ursachen von Unterentwicklung und möglicher Strategien zu ihrer Überwindung“ (Hurtienne 1981: 106).

In diesem Heft wird von einem Dependenzparadigma gesprochen, weil sich manche der zugehörigen AutorInnen ausdrücklich davon distanzieren, an einer Theorie zu arbeiten (vgl. Cardoso 1977: 15). In der Vergangenheit wurden bei Diskussionen über diese heterogene Gruppe an AutorInnen Begriffe wie Schule, konzeptioneller Rahmen, Analyse, Perspektive verwendet. Ronald Chilcote (1978: 56) schlug „Dependenzmodell“ vor, und zwar in Anlehnung an Thomas Kuhn als ein Paradigma einer wissenschaftlichen Gemeinschaft. Dabei zeigt sich, dass sich Wissenschaft als hegemoniale Normalwissenschaft zwar ganz allgemein hartnäckig gegenüber Veränderungen zeigt (und wenig mit fortschrittsorientierten Vorstellungen Karl Popper folgend gemein hat), in den Sozialwissenschaften die Sache aber noch komplizierter und der Widerstand gegen neue Paradigmen noch heftiger ist. So kann „ein Paradigma [...] nicht nur aus inneren Gründen zusammenbrechen [...], sondern auch, weil die gesellschaftliche Realität, welche das Paradigma widerspiegelt, grundlegende Veränderungen durchmacht. [...] Ein weiterer komplizierender Faktor ist die Tatsache, daß die gesellschaftliche Realität die Interessen von Individuen, Gruppen, Klassen und Nationen in einer Weise beinhaltet, wie das für die Welt der Natur ganz offensichtlich nicht der Fall ist. [...] Es müßte sich [...] zeigen lassen, daß [...] die Umwälzungen in den Gesellschaftswissenschaften in der einen oder anderen Weise immer einhergehen mit politischen oder sozialen Umwälzungen.“ (Sweezy 1973, zit. n. Hurtienne 1984: 8f). Partielle oder temporäre Veränderungen finden aber statt und auch die an der ökonomischen Neoklassik orientierte Normalwissenschaft wird (den Vorstellungen von Kuhn folgend) an ihren Rändern alternative Aspekte diskutieren oder sogar inhaltliche Teilaspekte fallen lassen, solange das normalwissenschaftliche Paradigma insgesamt unbeeindruckt bleiben kann (vgl. Fine 2006).

Die Nähe zwischen gesellschaftlichen Umwälzungen und Ansätzen zu neuen Paradigmen scheint auch im Falle des Dependenzparadigmas deutlich. In Lateinamerika zeigten die strukturalistischen Erklärungsversuche und Lösungsansätze (*Cepalismo*), in denen keynesianische Vorstellungen aufgrund der völlig anderen Problemlage und Praxis in der Peripherie im Vergleich zu den Kernländern kritisch rezipiert wurden, in den 1960er Jahren deutliche Schwächen und wurden von der Dependenzschule herausgefordert (CEPAL o.J., Palma 1981: 50f, vgl. Beigel in diesem Band).

Das Ende des keynesianischen Paradigmas in Europa (und dann weltweit) wurde erst in den 1970er Jahren eingeläutet. Sie waren eine Dekade der Zäsur im beginnenden Umbau des Kapitalismus im 20. Jahrhundert. Die Krise des globalen Kapitalismus hatte auch die europäischen Kernländer erfasst. In diesem historischen Rahmen, ungefähr von Ende der 1970er Jahre bis Mitte der 1980er Jahre, setzte sich eine Reihe von Forschungsnetzwerken mit der ungleichen Entwicklung in Europa auseinander, die sich an Entwicklungstheorien orientierte, allen voran Vorstellungen der lateinamerikanischen Dependenzschule. Ich fasse diese heterogene Gruppe von AutorInnen als Schule zusammen, weil sie mehr oder weniger explizit an Aspekte des Dependenzparadigmas anschließt. Ich beziehe mich dabei auf Forschungsarbeiten (Weissenbacher 2015), die noch „in progress“ sind, deren erste Ergebnisse ich aber hinsichtlich des Heftschwerpunktes „Dependenztheorien“ zusammenfasse.

### **I. Netzwerke der „Europäischen Dependenzschule“**

Eine Reihe von Forschungsnetzwerken hat sich von den 1970er bis Mitte der 1980er Jahren mit ungleicher Entwicklung in Europa auseinandergesetzt. Ich greife für diesen Beitrag jene heraus, die in der einen oder anderen Form Aspekte des Dependenzparadigmas thematisierten. Einige wichtige Personen aus diesen Netzwerken blicken auf persönliche Erfahrungen in Santiago de Chile zurück, das bis zum gewaltsamen Sturz der Regierung Salvador Allende 1973 wichtiges Zentrum der Lateinamerikanischen Dependenzschule gewesen war. Der Wiener Regionalforscher Walter Stöhr und der US-amerikanische Regionalplaner John Friedmann waren Berater des neu gegründeten Chilenischen Planungsbüros in den 1960er Jahren (Soms García 2010: 45). Der Politikwissenschaftler Dieter Nohlen (o.J.) wurde 1969 Repräsentant der Christdemokratischen Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile. Der britische Entwicklungsökonom, Entwicklungsberater und spätere Entwicklungsforscher Dudley Seers (1983a: xi) arbeitete von 1957 bis 1961 unter Raúl Prebisch mit Osvaldo Sunkel und anderen lateinamerikanischen Ökonomen zusammen, die den strukturalistischen und den Dependenzzugang entwickelten.

In den 1970er Jahren begannen sich SozialwissenschaftlerInnen des Institute of Development Studies (IDS) der University of Sussex mit Fragen der europäischen Peripherie zu beschäftigen und Methoden aus der Entwicklungsforschung auf Europa anzuwenden (Seers 1977). Mitglieder der European Association of Development Institutes (EADI) schlossen sich dieser Initiative an und formten eine ‚European Periphery Group‘. (Seers 1983b: ixff) „Peripherie“ wurde jedoch bald aus dem Namen gestrichen, weil auch Kernländer periphere Regionen hatten, mit denen sich die Gruppe beschäftigen sollte (Seers 1983c: 519f). Sie bestand aus einer sehr heterogenen Gruppe von ForscherInnen. Zudem bin ich geneigt, eine Gruppe von ForscherInnen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), innerhalb der EADI vor allem Stefan Musto (1982, 1985a), als Nebenlinie der EADI zu begreifen, weil sie eine Reihe von wichtigen Studien zur peripheren Erweiterung der (damals) Europäischen Gemeinschaft (EG) verfasste. Ein weiteres Forschungsnetzwerk wurde stark durch die Dependenzschule beeinflusst: Die Schule der Weltsystemanalyse des Fernand-Braudel-Zentrums in Binghamton organisierte in den frühen 1980er Jahren Diskussionen zu Kern-Peripherie-Beziehungen in Europa (Arrighi 1985). Schließlich traf sich eine dritte Gruppe 1984 in Heidelberg zu einem Symposium „Regionalpolitik und politische Dezentralisierung in Südeuropa“, mit dem Fokus auf Italien, Portugal und Spanien. Die wichtigsten Forschungsfragen bezogen sich dabei auf ungleiche Entwicklung, politische Dezentralisierung und Regionalpolitik. Dieses Forschungsnetzwerk benutzte theoretische Zugänge der Entwicklungsforschung, besonders das „dependenztheoretische Paradigma“, für die Analyse europäischer Regionen (Nohlen/Schultze 1985a: 7).

Ich unterscheide zwischen diesen Netzwerken in deren temporärer Organisationsform und nicht in einem strikten Sinn. Walter Stöhr (1983a, 1985) nahm am EADI- und Heidelberg-Netzwerk teil und bezog sich in seiner Arbeit auf Immanuel Wallerstein vom Binghamton-Netzwerk (Stöhr 1983b: 117). John Friedmann (1983) beteiligte sich am EADI-Netzwerk, war aber wichtige Referenz für andere AutorInnen (z.B. Nohlen 1985: 12). Er war auch Herausgeber (und Autor) eines Sammelbandes „Self-Reliant Development in Europe“ (Bassand et al. 1986), das auf einer Konferenz des Schweizerischen Forschungsprogramms zu Regionalproblemen mit der Swiss National Commission for UNESCO basierte. Die

Strategie der ‚self-reliance‘ wurde dabei von Beginn als theoretische und politische Alternative zur Dominanz der Exportorientierung in den Regionalwissenschaften und der Regionalpolitik akzeptiert (Brugger/Stuckey 1986: 2). Mit der Anwendung dieser Konzepte in kapitalistischen Kernländern kam das Dependenzparadigma schon sehr nahe an eine Akzeptanz in gesellschaftspolitischen Hauptströmungen. Obgleich ich mich auf englisch- und deutschsprachige Literatur beschränke, kann ich hier keinen umfassenden Überblick über in diesen Sprachen publizierte Netzwerke und AutorInnen geben, die Aspekte des Dependenzparadigmas auf Europa anwandten. Die Lateinamerikanische Dependenzschule hat jedenfalls auch andere SozialwissenschaftlerInnen beeinflusst, wie Alain Lipietz (1987: 13), einen Autor der ersten Generation von RegulationstheoretikerInnen. Otto Holman (2002: 409) nannte die Analyse von Lipietz und jene des Staatstheoretikers Nicos Poulantzas Versionen „einer Dependenztheorie für Südeuropa“.

## **2. Alte Paradigmen und neue Krisen (seit den 1970er Jahren)**

Das fordistische Modell des Nachkriegskapitalismus, in seiner „vollständigen“ Variante in den kapitalistischen Kernländern und der „unvollständigen“ des globalen und europäischen Südens, lief in den 1970er Jahren aus. Die Diskussionen um Fragen des Idealtypus kapitalistischer Entwicklung, wie sie die Modernisierungstheorie aufgeworfen hatte, oder aber auch das dependenztheoretische Gegenstück mancher AutorInnen (für eine Variante der Einordnung siehe Palma 1981), das die Blockierung einer solchen idealen Entwicklung zu erklären suchte (vgl. Altvater 1988: 156), spielten für viele SozialwissenschaftlerInnen der „Europäischen Dependenzschule“ keine Rolle mehr. Das alte Entwicklungsparadigma „von oben“ (vgl. Stöhr/Taylor 1981) war umfassend diskreditiert. Industrialisierung und Klassensituation unterschieden sich jedenfalls auch in der südeuropäischen Peripherie markant von den modernisierungstheoretischen Vorbildern (vgl. Giner 1985, Woodward 1985). In konventioneller Diktion mündete eine (zu) spät kommende kapitalistische Industrialisierung in eine vorzeitige De-Industrialisierung („pre-mature de-industrialization“, vgl. Palma 2008).

Das System des transnationalen Kapitalismus bildete auch in der Diskussion für die europäische Situation den Rahmen. Zum einen hatten transnationale Konzerne (TNC) die Integration der südeuropäischen Länder bereits lange vor der politischen Integration in die EG vollzogen (Vaitsos 1982a: 143). Transnationales Kapital habe schon massiven Einfluss auf die regionale Entwicklung gehabt, führe zu Monopol ohne Modernisierung der Industrie (Holland 1979: 142f), industrieller und technologischer Abhängigkeit im Gefolge einer schwachen nationalen Bourgeoisie (Muñoz/Roldán/Serrano 1979: 166f, Nikolinakos 1985: 203), abhängiger Einbettung in die europäische Arbeitsteilung (Vaitsos 1982a: 146, Nikolinakos 1985: 205) und (Osvaldo Sunkel folgend) zu nationaler Desintegration (Evangelinides 1979: 185). Die penetrative Dynamik für eine regionale Entwicklung wurde deutlich aufgezeigt. Die funktionale Integration der Regionen durch TNC stellte einen Machtkampf dar, der für den Moment zuungunsten der regionalen Bevölkerung ausging („function over territory“), obschon TNC ohne die Region („territory“) die Lasten der Produktion nicht auf die Gesellschaft umwälzen konnten (Friedmann/Weaver 1979: 171). Schließlich wurde deutlich gemacht, in welchem Widerspruch die institutionellen Möglichkeiten von TNC zu traditionellen volkswirtschaftlichen Vorstellungen stehen. TNC hätten sich dabei, wie Constantine Vaitsos (1980: 34) vor dreieinhalb Jahrzehnten beobachtete, in zentral geplante, überwachte, kontrollierte und gemanagte (inklusive Preissetzung) Institutionen verwandelt, weit jenseits der Praxis der sowjetischen und chinesischen Ökonomien.

Die „Europäische Dependenzschule“ kritisierte aber auch die liberale Wirtschaftstheorie, sowohl in der neoklassischen als auch keynesianischen Variante. Sie wurde als eurozentristisch und dennoch prägend für die Peripherie betrachtet, weil auch die dortigen SozialwissenschaftlerInnen nach demselben Muster ausgebildet worden seien: „[I]hre theoretische Ausstattung war zweifach von der Realität entrückt – sie spiegelte Doktrinen wider, die für *andere* Länder entwickelt wurden, als Antwort auf *frühere* Ereignisse.“ (Seers 1980a: 6). AutorInnen, die sich mit Regionalentwicklung auseinandersetzten, scheinen besonders detailliert in ihrer Kritik gewesen zu sein. Als sich die von der ökonomischen Neoklassik behauptete Konvergenz zwischen armen und reichen Regionen nicht einstellte, seien keynesianische Regionalpolitiken angewandt worden, wie Stöhr und Tödt-

ling (1979: 138) schreiben, „als Krücken für den Versuch, das neoklassische Modell zum Funktionieren zu bringen“, etwa Manipulation von Faktorpreisen (Anreize für Kapital und Arbeit) und Distribution von externen Ressourcen (etwa öffentliche Investition in Infrastruktur). Auch Nohlen und Schultze (1985b: 27ff) betonen, dass sich keynesianische und neoklassische Konzepte regionaler Entwicklung nicht in der Strategie, sondern nur in den Instrumenten unterschieden. Beide Konzepte nahmen endogene Ursachen für „Modernisierungsdefizite“ an, beide sahen externe Impulse als notwendig an, Marktungleichgewichte zu beseitigen. Funktionale Integration und Spezialisierung durch Arbeitsteilung würden für ein Gleichgewicht notwendig sein, was durch „trickle-down“-Effekte erreicht werden könnte. Die Modelllogik betrachtete Regionen als funktionale Regionen ohne Geschichte und Geografie, ein Marktgleichgewicht würde längerfristig erreicht werden. Dafür müsste die Wirtschaft insgesamt wachsen, bevor zusätzlicher Wohlstand verteilt werden könne (Konvergenztheorie). Die Regionalpolitik ist der Nationalökonomie untergeordnet, Infrastrukturinvestitionen halfen dieser funktionalen Integration.

Stöhr (1983b: 120) beschrieb das alte Entwicklungsparadigma als ‚von oben‘ und ‚von außen‘. Es war charakterisiert durch eine Abhängigkeit von globaler Nachfrage und globalen Innovationszentren, deren Effekte sich in einem hierarchischen Prozess über private Kapitaltransfers und öffentliche Fonds in die Peripherie ausbreiteten (Stöhr 1983c: 284ff, Stöhr 1981: 61). Die Hoffnung, dass sich Entwicklungsprozesse über Marktmechanismen (‚spill-over‘, ‚trickle-down‘) einstellen würden, materialisierte sich nicht, stattdessen habe die institutionelle, kulturelle, rechtliche und oft militärische Penetration peripherer Regionen zur Aushöhlung des Entwicklungspotenzials und zur Vergrößerung der Abhängigkeit geführt (Stöhr 1985a: 229f). Mit der Krise der 1970er Jahre wurde zudem deutlich, dass auch die Kernländer durch eine Phase der strukturellen Anpassung gingen. Dies beendete verbleibende Hoffnungen auf „trickle-down“- und „spill-over“-Effekte. Periphere Regionen „mussten zunehmend erwägen, regionale Entwicklung stärker endogen zu gestalten“ (Stöhr 1983a: 7). Als Krisenlösung setzte sich aber noch mehr räumliche Spezialisierung mit einer neuen internationalen Arbeitsteilung und weiterer räumlicher Hierarchisierung durch (Stöhr 1983b: 121, Stöhr 1985b: 7, 12). Regionalpolitik wurde als weiter integrativ (in den Weltmarkt) betrachtet, die durch ihre Exportausrich-

tung zu vermehrter funktionaler Desintegration der Regionen führte: „Die zunehmende Öffnung von regionalen Strukturen gegenüber externen Einflüssen, insbesondere in peripheren Gebieten, führte zu einer wachsenden Gefährdung gegenüber externen Schocks und zu einer reduzierten Widerstandsfähigkeit“ (Stöhr 1983a: 11).

### **3. Unmöglich, aber unvermeidbar? Periphere Integration in die EG**

Die AutorInnen der „Europäischen Dependenzschule“ schrieben vor und während der zweiten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft (EG). Die Geschichte der Europäischen Integration wird eher konfrontativ betrachtet. Das Konzept einer Friedensunion wäre vermutlich kaum jemandem in den Sinn gekommen, zu präsent waren die Auseinandersetzungen des Kalten Krieges, aus dem die heutige EU unter Schirmherrschaft der USA geboren wurde. Das institutionelle Arrangement der europäischen Integration kann vielleicht am besten als wirtschaftlich ordoliberal, politisch konservativ und anti-kommunistisch bezeichnet werden. Bekanntlich waren die wesentlichen Politiker, die die Integration vorantrieben, Christdemokraten. Der bundesdeutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard kann exemplarisch für die Kontinuität zum faschistischen Deutschland stehen, aber auch als Vertreter des Ordoliberalismus, gehörte er doch auch zum ordoliberalen Flügel der Mont-Pelerin-Society, die von seinem Ministerium mitfinanziert wurde (vgl. Weissenbacher 2015). Regulierung und *laissez-faire* standen bei der Gründung nebeneinander: In den Worten Dudley Seers' (1982: 4) intendierten die Gründer der Europäischen Gemeinschaft (EG) ein „institutionelles *laissez-faire*-System“, das „es jeder zukünftigen wirklich linken Regierung schwer machen würde, Kontrollen auszuüben und weitreichende soziale Veränderungen durchzuführen“. Ähnliches galt für den ökonomischen Rahmen. *Laissez-faire* sei als „adäquate Doktrin“ (Seers 1982: 1) für technologische Führer angesehen, die „sicher stellen würde, dass sich ihre Industriestrukturen effizienter gestalteten, indem sie Wettbewerb ausgesetzt werden, und zu einer Wiederherstellung des internationalen Handels beitragen, was ein wesentliches Element in diesem neo-kolonialen Szenario darstellte“ (Seers

1982: 4). Die Wettbewerbspolitik wurde als fundamentale Ideologie 1958 in den Römischen Verträgen verankert und konnte als Argument gegen eine „wettbewerbsverzerrende“ regionale Entwicklungspolitik oder Industriepolitik ins Treffen geführt werden (Kiljunen 1980: 212f, Musto 1985b: 87f), sobald eine solche Politik stärker vergemeinschaftet werden sollte (was erst ab 1973 geschah, als die Kernländer selbst von der Krise betroffen wurden).

Andererseits war die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) von hoher Regulierung und Subventionen geprägt, was die Gemeinschaft zunehmend autark werden ließ (Seers 1982: 4). Das Verteilungssystem der Sozial- und Regionalfonds wurde als zu spärlich, der Club der Reichen EG6 als unfähig und unwillig angesehen, regionale Ungleichheiten zu beseitigen. Die Vorstellung, das „trickle-down“-Prinzip würde regionale Probleme lösen können, wurde schon während der zweiten Erweiterung mit Desintegration in Verbindung gebracht, weil in der EG „die Konzentration ökonomischer Macht auf gewisse Weise mit jener der Habsburger Monarchie vergleichbar erscheint, wo sie einer der Gründe für deren Niedergang war“ (Seers 1982: 10).

Das in Nationalsozialismus und Kaltem Krieg tief verwurzelte anti-kommunistische Dispositiv der westdeutschen Gesellschaft sollte Einfluss auf die südliche Erweiterung der EG haben, weil beitrittsskeptische Parteien in der Peripherie damit marginalisiert wurden: „Alle Parteien Westdeutschlands, und die Regierung selbst, haben eine fast hysterische Opposition gegenüber linken Allianzen demonstriert, inklusive Kommunisten oder anderen linkssozialistischen Kräften, die in den Beitrittsländern an die Macht kamen.“ (Deubner 1982: 47). Die engen Beziehungen zu den sozialistischen Parteien und Regierungen der Beitrittsländer sei dazu benutzt worden, den Antikommunismus der BRD zu implementieren: Dabei seien die wichtigen Argumente dieser Parteien übersehen worden, „speziell der Portugiesischen Kommunisten und der Griechischen PASOK (die beide in Opposition gegen eine EG-Mitgliedschaft ihrer Länder standen), gegen exzessiven Optimismus über die Vorteile einer eventuellen Mitgliedschaft und die exklusive Orientierung der Ökonomien ihrer Länder auf die hochindustrialisierten Staaten Westeuropas, die diese vermutlich bedeuten würde“ (ebd.). Zur zweiten Erweiterungsrunde gibt es eine umfangreiche Literatur, die sich kritisch mit dem Erweiterungsszenario und einer Integration von „ungleichen Partnern“ auseinandersetzt (vgl. Weissenbacher 2015).

Knapp zusammengefasst: Die strukturellen Ungleichheiten nahmen in dem Maße zu, in dem periphere Länder/Regionen Teil der EG wurden, zum italienischen Mezzogiorno gesellten sich 1973 Irland, 1981 Griechenland und 1986 Spanien und Portugal. Der ursprüngliche Club der Reichen, mit im Wirtschaftsaufschwung vereinbarten Regeln, nahm ab der Krise 1973 weitere periphere Länder auf. Die EG war auf diese Situation institutionell nicht vorbereitet, die peripheren Länder erlebten Krise statt Konvergenz. Ganz oben auf der Agenda einer Integrationspolitik von AutorInnen der „Europäischen Dependenzschule“ stand eine gemeinschaftliche ausgleichende Industriepolitik. Sie blieb bekanntlich bis heute ein Desiderat. Dies ist Ausdruck der Tatsache, dass „Gemeinschaft“ dort endet, wo Konkurrenz beginnt (vgl. Deubner 1982: 52f, Vaitsos 1980: 33). Ein ausgeglicheneres industrielles Industrieproduktionssystem wäre auf Kosten der Kernländer gegangen, das Beibehalten der Asymmetrie ging jedoch zulasten der Peripherie (vgl. Musto 1982: 76).

Die Alternative, ein substanzielles Alimentationssystem für die Peripherie, blieb ebenso ein Desiderat, das vorhandene erscheint bis heute zahllos. Es zeigte sich, dass die Kernländer vom Status quo profitierten und keine Industriepolitik eine Politik war, die den Starken im Wettbewerbsregime zum Vorteil gereichte. Vor allem die BRD konnte sich erlauben, Veränderungen nur zuzustimmen, wenn sie als passend empfunden wurden (oder im Tausch gegen andere Entgegenkommen gehandelt wurden). Das „Modell Deutschland“ ging davon aus, dass alle Länder die Charakteristik der BRD erreichen konnten (internationale Wettbewerbsfähigkeit, technologische Kapazität, politische Stabilität, sozialen Konsens und ideologischen Zusammenhalt). In der Realität wies die BRD einen destabilisierenden Handelsbilanzüberschuss gegenüber seinen europäischen Partnern auf und nutzte eine ungleiche europäische Arbeitsteilung (Schlupp 1980: 178). Die Länder der Peripherie sahen ihre Industrien seit der Krise der 1970er Jahre mit einer kritischen Situation konfrontiert. Die neue Billiglohnkonkurrenz aus Asien forderte a) ihre arbeitsintensiven Industrien (z.B. Textilindustrie) heraus und b) provozierte eine Reaktion, in der die EG-Kernländer ihre arbeitsintensiven Industrien zu verteidigen begannen (etwa mit den Multifibre Arrangements seit 1974, Musto 1985b:93ff.), was auch die europäische Peripherie beeinträchtigte. Andere, im Aufbau befindliche Industrien wurden schließlich von der EG als sensible, weil im

EG-Kontext überproduzierend angesehen (z.B. Schiffbau). Stefan Musto (1982: 70) fasste zusammen: „Die Erweiterung selbst wird diese Probleme nicht auslösen, aber sie wird sie verstärken und akzentuieren. Unter den gegenwärtigen Umständen scheint es schwierig, ihre Effekte abzuschwächen, weil die Gemeinschaft, die in jeglicher Hinsicht auf die Bedürfnisse der hochentwickelten Industrieländer ausgerichtet ist, keine ausreichenden strukturellen Politikinstrumente besitzt. [...] Die strategische Frage ist nicht, wie die negativen Konsequenzen der Erweiterung mit der gegenwärtigen Arbeitsteilung ausgeglichen werden können [...], sondern welche neuen Formen der Arbeitsteilung notwendig sind, um die desintegrativen Effekte der strukturellen Ungleichheiten der Gemeinschaft zu beseitigen.“

Die Pax Americana wich im Europa der Krise der 1970er Jahre einer Pax Germanica. Die Deutsche Mark folgte als Ankerwährung der Leitwährung US-Dollar. Frühe Entscheidungen für eine Währungsunion (1969) auf dem Weg zur politischen Union mussten verschoben werden und wurden 1979 vorläufig durch ein European Monetary System (EMS) ersetzt. Das EMS galt wiederum als Ersatz für das Bretton Woods System (Tsoukalis 1982: 164). Ich beschränke diese umfangreiche und komplexe Geschichte (vgl. Danescu 2013, Marsh 2011, Tsoukalis 1997) hier auf wenige Aspekte, die die europäische Peripherie betreffen. Gefangen in Handelsbilanzdefizit und Liquiditätsengpass würde der Name des Spiels schnell Austerität heißen: Das EMS „könnte, wie der Goldstandard, in Abwesenheit einer Politik, die dies bekämpft, die Ungleichheit leicht vergrößern statt schmälern“ (Seers 1982: 10). Seers' Analyse (von 1980b: 19) klingt für die heutige Währungsunion vertraut: „Jene [Länder] mit Defizit [...] müssen eine deflationäre Politik durchführen. Je höher der Grad an Integration, desto gravierender wird die Asymmetrie wahrscheinlich sein. Wenn Länder in einer Wirtschaftsgemeinschaft Handelsbeschränkungen, Devisenkontrolle und sogar die Freiheit, die Wechselkursrate zu verändern, aufgeben müssen, sind die einzig verbleibenden kurzfristigen Waffen gegen einen Rückgang der Exporte (oder Anstieg der Importpreise) fiskal- und geldpolitische Maßnahmen, die das Niveau der Beschäftigung reduzieren – und Lohnkontrollen, um die Kosten und die Kaufkraft zu reduzieren. Der Effekt ist, Regierungen von peripheren Ökonomien in einem integrierten System stark von jenen der Kernländer abhängig zu machen; wenn letztere dem Dämpfen der Inflation größere Priorität einräumen als der Reduktion der Arbeitslosigkeit, dann

gibt es wenig, das die ersteren unternehmen können, als sich mit diesen Prioritäten abzufinden und deren eigene Politik danach auszurichten.“

Die gemeinsame Währung wurde von BRD-Vertretern nicht angestrebt, „eine starke Präferenz für den Status Quo [...] hat die Verhandlungsmacht Deutschlands enorm gestärkt, und es ihm damit ermöglicht, in den meisten Fällen seine eigenen Bedingungen hinsichtlich des Übergangs bzw. des Inhalts des letzten Stadiums der WWU aufzuzwingen“ (Tsoukalis 1997: 171). Vor einer Währungsunion sollte eine Koordination der Wirtschaftspolitik stehen. Koordination bedeutete, wie wir schon gesehen haben, nicht das Finden einer Balance, sondern die Annahme, dass alle Länder (im Wettbewerb) ähnlich erfolgreich sein könnten wie die BRD. Der Anpassungsdruck lag bei den peripheren Ländern.

Alles in allem waren AutorInnen der „Europäischen Dependenzschule“ hinsichtlich des Europäischen Integrationsprozesses sehr skeptisch. „Die Erweiterung erscheint unmöglich: dennoch scheint sie gleichzeitig unvermeidbar zu sein“, meinte Dudley Seers (1979: 29). Eine Alternative wäre eine wahre („true“) Integration, die viel mehr Kapital für die Rekonstruktion des Agrar- und Industriesektors benötigen würde. Sie könnte eine „community self-reliance“ als Gegenstück zu einer „collective self-reliance“ in Süd-Süd-Beziehungen bilden. „Wenn es jedoch keine größeren Reformen in der Gemeinschaft gibt, dann wird es nach der Erweiterung zu einem gravierenden Dualismus kommen, und zwar einer Art Kolonialsystem. In der ärmeren Gruppe [von Ländern], die ohnehin schon leidet, wann immer die Regierung eines Kernlandes eine restriktive Finanzpolitik durchführt, könnten die Effekte schwerwiegender sein, wenn die Möglichkeiten, Maßnahmen zum Schutz der nationalen Ökonomie zu ergreifen, aufgegeben werden“ (Seers 1982: 11). Auch andere AutorInnen argumentierten für eine progressive Integrationspolitik, hielten sie aber ebenso für unwahrscheinlich. Die EG könnte die Kosten für das Entwicklungsmodell nicht externalisieren, wie es die BRD tut, argumentierte Manfred Bienefeld (1980: 303ff). Constantine Vaitsos (1982b: 244f) betrachtete – beim Ausbleiben einer Ausgleichspolitik – Portugal und Griechenland als Varianten Puerto Ricos in Europa.

#### 4. Ein neues Paradigma und ein politischer Plan B

Das alte Paradigma hatte bestenfalls (in der Boomphase) „Wachstum ohne Entwicklung“ gebracht und die existierenden strukturellen Ungleichheiten verstärkt. Anders als die Modernisierungstheorie und die liberalen Wirtschaftstheorien erkannten die Autoren der „Europäischen Dependenzschule“ die Ursachen für Entwicklungsunterschiede in interregionalen und internationalen Strukturen, die durch industriekapitalistische Produktion und Arbeitsteilung hervorgerufen worden sind. Ein kompletter Neustart, ein neues Paradigma und ein Veränderungsprozess wurden als unvermeidbar angesehen. Eine Kategorisierung der Zugänge der „Europäischen Dependenzschule“ kann nur mit Vorsicht erfolgen. Diese AutorInnen waren mit Sicherheit keine RevolutionärInnen, wenngleich viele ihrer Argumente heute wieder revolutionär klingen. Palma (1981: 59) ordnet AutorInnen des EADI-Netzwerks (Seers und andere) unter die WeiterentwicklerInnen der strukturalistischen CEPAL-Tradition ein, die aber den Optimismus (für eine nachholende kapitalistische Entwicklung) nicht teilten. Wenn man die CEPAL-Tradition als stärker reformerisch und pragmatisch ansieht, dann kann man sicher die „Regionalentwicklungsgruppe“ der „Europäischen Dependenzschule“ (z.B. Stöhr und Nohlen) ebenso dort verorten. Es ist klar gültig für alle, dass die Rahmenbedingungen, die kapitalistische Weltökonomie, verändert werden müssen (z.B. Nohlen/Schultze 1985b: 52). Da es dafür keine praktischen und wohl auch erfolgsversprechenden Handlungsoptionen gab, sollte der vorhandene Handlungsspielraum genutzt werden.

Manfred Bienefeld (IDS) plädierte dafür, Begrifflichkeiten im Dependenzparadigma nicht zu puristisch zu betrachten oder zum Selbstzweck zu stilisieren. Eine pragmatischere und weniger restriktive Vorstellung von Sozialismus solle sich nicht an einem Idealtypus orientieren, sondern die Möglichkeit eröffnen, „dass sich trotz politischer Schwäche und Hindernissen eine substanzielle Ausweitung in der sozialen Kontrolle über den ökonomischen Prozess als progressiv herausstellen könnte“ (Bienefeld 1981: 86). Aber wie sollte das politisch umgesetzt werden? Traditionelle MarxistInnen, wie Tamás Szentes, ebenso ein Mitglied der EADI, sahen das Dependenzparadigma sehr oft kritisch: Es könnte dazu führen, dass lokale herrschende und ausbeutende Klassen aus der Verantwortung entlassen

würden. Eine progressive Politik gegen die externe Penetration benötige nicht nur eine progressive Theorie, sondern auch praktikable Leitprinzipien zur Implementation (Szentos 1983:108).

Edward Soja (1980: 209, 222, außerhalb der „Europäischen Dependenzschule“) hat einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung zwischen den Polen „spatial determinism“ (ein Vorwurf an die Dependenzschule) und „socially constructed space“ angeboten. Er schlägt vor, von einer „socio-spatial dialectic“ zu sprechen. Raum werde sozial produziert und organisiert, aber die vertikale Achse von stattfindenden Konflikten (Klassenkonflikte) und die horizontale Achse (Kern-Peripherie) entstammten derselben Produktionsweise (Kapitalismus), seien untrennbar miteinander verbunden und könnten nur gemeinsam verstanden werden. Er spricht von zwei Formen des Klassenkampfes, Kapitalismus könne nur transformiert werden, wenn beide Ebenen transformiert würden (Soja 1980: 224). Dabei gelte es, den räumlichen Widerstand nicht vereinnahmen zu lassen: „Die zwei Formen des Klassenkampfes können als im Konflikt miteinander erscheinen, speziell in der Manipulation territorialer Identitäten durch den bourgeois Nationalismus, Regionalismus und Lokalismus. Wenn aber territoriales Bewusstsein auf der ausbeuterischen Natur kapitalistischer Produktions- und Reproduktionsbeziehungen beruht [...], handelt es sich um Klassenbewusstsein. Die Produktion von Raum wurde in der kapitalistischen Entwicklung [...] verschleiert und mystifiziert, was es ermöglicht hat, dies gegen den Klassenkampf einzusetzen“ (ibid: 224).

Dudley Seers scheint in seinem letzten Buch *The Political Economy of Nationalism* (1983a) an solche Überlegungen anzuknüpfen, in dem er die Probleme progressiver nationaler Regierungen diskutiert. Eine selektive Abkoppelung ist dabei ein wesentlicher Aspekt (self-reliance). Einzelne Regierungen könnten die internationalen Rahmenbedingungen nicht ändern. Eine progressive und pragmatische Politik einer Regierung müsse aber sehen, möglichst weit nach links und Süden (N-E-Quadrat in Abbildung 1) zu kommen, ohne einen Putsch zu riskieren. Diese ideologische Landkarte solle dazu beitragen, Freund von Feind zu unterscheiden (Seers 1983a: 47f.). Im AN-AE-Quadrat seien etwa die Interessen der TNC zu finden, es könnten aber auch lokale Kapitalisten und eine schmale Gruppe der Arbeiteraristokratie enthalten sein. Koalitionen könnten über die Quadrate hinausgehen, wie etwa jene gegen die Regierung Allende in

Chile, die das rechte obere und untere Quadrat umfasste (Seers 1983a: 187, Endnote 2).

Mit dem Kollaps des traditionellen Entwicklungsparadigmas suchten auch AutorInnen, die stärker an der Regionalentwicklung orientiert waren, nach Alternativen. Diese wurden nicht sozialistisch genannt, hatten aber deutliche antikapitalistische oder postkapitalistische Zugänge, in Opposition zu Aspekten kapitalistischer Produktionsweise hinsichtlich Eigentum, Teilhabe, Verteilung, Allokation, Wettbewerb, Demokratie, Freihandel, Ressourcenkontrolle, Planung und der Behandlung der natürlichen Umwelt. Ein selbstbestimmtes, Penetration von außen entgegenwirkendes Entwicklungsmodell, basierend auf eigenen Ressourcen (das aber in einer globalen Welt nicht nach Autarkie streben konnte) wurde „selective self-reliance“ genannt, stellte strategisch auf eine selektive Abkopplung ab („selective spatial closure“) und sollte auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene angewandt werden können (Stöhr 1985a: 232, vgl.: Stöhr 1981: 45, detaillierter: Stöhr/Tödting 1979: 152ff).

Dieter Nohlen (1985: 12) nannte sein Konzept „region-centered development“ oder „periphery up and inward development strategy“. Emanzipation stand bei diesen Überlegungen im Vordergrund, ebenso wie ein breiter Entwicklungsbegriff: nicht nur auf Wachstum beschränkt, sondern auch auf Beschäftigung, soziale Gleichheit, Teilhabe, Rechte, politische, ökonomische und kulturelle Autonomie und einen sorgsam Umgang mit der Natur abzielend (Stöhr 1983b: 124, 1981: 39f, Nohlen/Schultze 1985b: 48.). Der funktionalen Integration in den transnationalen Kapitalismus sollte begegnet werden, „territory over function“ nannte es John Friedmann (1983: 156) bzw. „life space over economic space“. Die Subordination der peripheren Region müsse beendet werden (Nohlen/Schultze 1985b: 20ff, 42f). Deutlich war auch bei Nohlen und Schultze (1985b: 50ff), dass die politische Umsetzung wenig Spielraum hatte, wenn die regionalen politischen Strukturen als von außen determiniert angesehen wurden. Stöhr (1981: 63) sah seine Alternativen für Regionen, die im alten Entwicklungsparadigma ohnehin keine Perspektiven hatten. Friedmann (1983: 156) fokussierte auf die Nutzung vorhandener staatlicher Strukturen. Dezentrale und partizipative Entscheidung wurden herausgestrichen, graduelle Transformation und Entkoppelung vorgeschlagen („selective territorial closure“, Friedmann/Weaver 1979). Friedmann (1986: 205) unterschied

aber zwischen „endogenous or self-directed development“ und „self-reliant development“, das eine radikale politische Praxis voraussetzte. Erstere Entwicklung sei für Regionen „an Knotenpunkten der globalen Ökonomie [...] basierend auf großen Städten mit einer Funktion als Weltzentren der Kontrolle, Produktion und Kapitalakkumulation“. Periphere Regionen hätten nur zweitäre Alternative, „self-reliance“ erscheine „nicht als Frage der Verwendung von Politikinstrumenten durch den Staat, sondern als Form radikaler sozialer Praxis, die der Zivilgesellschaft entspringt“.

## 5. Schlussbemerkungen

Krise und politische Lösungsstrategien von Seiten der EU und der EU-Kernländer haben das Konzept der Peripherie wieder in den Fokus gerückt. Betrachtet man die Peripherie als mehr denn eine oberflächliche geografische Randerscheinung, muss man mit einem politökonomischen Instrumentarium an diese „sozialräumliche Dialektik“ zwischen Kern und Peripherie als holistisches oder dialektisches Ganzes herantreten. Will man das, führt an Überlegungen des Lateinamerikanischen Dependenzparadigmas kein Weg vorbei. Ich habe versucht, jene Netzwerke, die Überlegungen aus diesem Paradigma auf Europa anwandten, wieder in Erinnerung zu rufen. Dass dies an dieser Stelle nur mit einem Grad an Abstraktion geschehen kann, ist mir bewusst. Ich musste etwa alle jene AutorInnen aussparen, die sich mit Länder-, Regionen-, oder Sektorstudien beschäftigt haben.

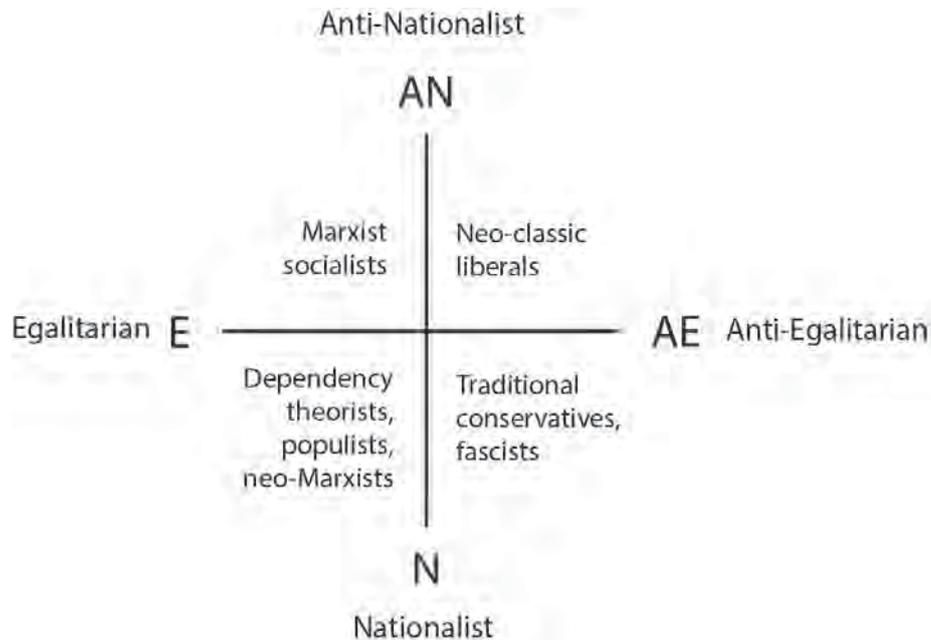
Gleichzeitig muss klar sein, dass sich manche AutorInnen gegen eine Aufnahme in eine „Europäische Dependenzschule“ gewehrt, andere aber, die ich nicht erwähnt habe, vielleicht hineinreklamieren hätten. Dafür wäre noch biografische Forschung notwendig. Die Rekonstruktion dieser „Schule“ bleibt auf jeden Fall eine Baustelle. Nach meinem Dafürhalten wurde diese „Schule“ als Arbeit an einem alternativen Paradigma zu den herrschenden Lehren (wozu neben ökonomischer Neoklassik, Neoliberalismus und Keynesianismus von einigen auch traditionelle marxistische Vorstellungen aus den Lehrbüchern der staatssozialistischen Länder gezählt wurden), aber auch als Baustelle beendet (vgl. Musto 1985a). Zumindest in Forschungszusammenhängen scheint dies in der Mitte

der 1980er Jahre geschehen zu sein, auch wenn einzelne Autoren danach noch kritische Publikationen veröffentlichten. Die Frage, weshalb es zu diesem Bruch kam, gehört zu möglichen Forschungsfragen, ebenso wie jene, was von dieser kritischen Theoriebildung in den sozialwissenschaftlichen, insbesondere ökonomischen Mainstream aufgenommen wurde. Eine These ist natürlich, dass die neoliberale Restauration, die Gesellschaft und damit Universitäten erfasst hatte, wenig Raum für solche kritischen Ansätze erlaubt hatte. Sicherlich können sich manche Elemente wie Dezentralisierung und Konzentration auf endogene Stärken einer Region in den heutigen theoretischen Hauptströmungen wiederfinden. Diese scheinen aber einerseits liberal interpretiert zu werden (Wettbewerbsregion, die sich auf Innovation und Technologie für die Exportproduktion besinnen soll), andererseits konnte man dies wohl auch aus einer neoliberalen Kritik an einer keynesianischen wirtschaftspolitischen Strategie herausfiltern. Meiner Ansicht nach haben jedenfalls die strukturellen Analysen der „Europäischen Dependenzschule“ Aktualität, sodass es sich lohnt, diese Forschungsagenda wieder aufzunehmen, zu präzisieren und vor allem für die heutige Situation fruchtbar zu machen. Weitere Forschung könnte etwa Dudley Seers' Überlegungen zu Osteuropa aktualisieren. Und natürlich hat sich seit den 1980er Jahren einiges geändert, weitere periphere Regionen wurden in die EU integriert, Deindustrialisierungsprozesse in der europäischen Peripherie haben die Situation im produktiven Sektor weiter verschärft, die Finanzialisierung gesellschaftlicher Reproduktion hat einen höheren Grad erreicht und die Europäische Währungsunion hat Kapitalflüsse ermöglicht, die einen Pseudo-Boom in der Peripherie auslösten (der den „tradeable sector“ nicht stimulierte, sondern in Bau-, Immobilien- und Finanzsektoren verpuffte) (Becker/Weissenbacher 2014, Becker/Jäger/Weissenbacher 2015).

Neben der Kraft der strukturellen Analyse scheint mir die Aktualität der „Europäischen Dependenzschule“ darin zu liegen, dass sie einen pragmatischen politischen Plan B vorschlägt. Der Plan A wäre eine Veränderung der globalen oder zumindest europäischen Produktionsweise. Wenn dies nicht in Aussicht ist, muss man kleinere Brötchen backen und die regionalen institutionellen Rahmenbedingungen nutzen, die sich bieten: ein Plan B. Ansätze für nationale oder regionale B-Pläne zeichnen sich längst ab. Die wirtschaftspolitische Orthodoxie, die sich an Faktoren im Wettbe-

werb orientiert und billige Arbeitskraft als billigen Input für die Herstellung der Konkurrenzfähigkeit einer Volkswirtschaft empfiehlt, wird in der Realität längst herausgefordert. Dies geschieht aber nicht nur in Griechenland, denn eine heterodoxe Wirtschaftspolitik ist kein Monopol für linke Parteien. Viktor Orbán in Ungarn nutzt Spielräume, die neue Regierung im Burgenland hat eine Politik angekündigt, die etwa bei öffentlichen Ausschreibungen burgenländische Unternehmen und Beschäftigung privilegieren soll.

Die Frage ist also, wie man diese regionalen Spielräume inhaltlich füllt und politisch nutzt. Die hier präsentierten Ansätze der „Europäischen Dependenzschule“ schlagen egalitäre (antirassistische) Strategien vor, sie werden als Alternativen verstanden: „Self-Reliance“ bedeutet eine inklusive, nicht-hierarchische Gesellschaft, die Kooperation vor Wettbewerb betont, Harmonie mit der Natur vor Ausbeutung und soziale Bedürfnisse vor unendlichen persönlichen Wünschen. Sie repräsentiert die eine beste Chance für das Überleben der Menschheit“ (Friedmann 1986: 205). Die Ansätze inkludieren eine selektive territoriale Abkoppelung, können aber auch eine Reihe von anderen kreativen Maßnahmen setzen. Eine Herausforderung des EU-Wettbewerbsregimes, das ganz offensichtlich TNC nutzt, etwa durch einen Niedrigsozialstandard- oder Steuerwettbewerb, scheint mir dabei zentral. Aber auch keynesianische Lösungsvorschläge (Entwicklung „von oben“, „nach außen orientiert“) würden kritisch betrachtet werden. Wenn man grundsätzliche Überlegungen zu Produktion und Konsum in einer Welt mit endlichen Ressourcen anstellt, sind die Überlegungen der „Europäischen Dependenzschule“, die ja auch an die Arbeiten des Club of Rome anknüpfen, anschlussfähig an Argumente aus der Postwachstumsökonomie, der Nahrungsmittelsouveränität und der Kritik der „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2011).



Graphik 1: Ideologische Landkarte

Quelle: Seers 1983a: 48

- 1 Dieser Beitrag wurde durch Fördergelder des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank (Projektnummer: 15471) unterstützt.

## Literatur

- Arrighi, Giovanni (Hg., 1985): *Semiperipheral Development. The Politics of Southern Europe in the Twentieth Century*. Beverly Hills/London/New Delhi: Sage.
- Bassand, Michel/Brugger, Ernst/Bryden, John/Friedmann, John/Stuckey, Barbara (Hg., 1986): *Self-Reliant Development in Europe. Theory, Problems, Actions*. Aldershot/Vermont: Gower.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes/Weissenbacher, Rudy (2015): Uneven and dependent development in Europe: The crisis and its implications. In: Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (Hg.): *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives*. London/New York: Routledge, 81-97.
- Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy (2014): Berlin Consensus and Disintegration: Monetary Regime and Uneven Development in the EU. In: Dymarski, Włodzimierz/Frangakis, Marica/Leaman, Jeremy (Hg.): *The Deepening Crisis of the European Union: The Case for Radical Change. Analysis and Proposals from EuroMemo Group*. Poznań: Poznań University of Economics Press, 5-32.

- Bienefeld, Manfred (1980): Externalising Problems in a Future EEC. In: Seers, Dudley, and Vaitos, Constantine (Hg.): *Integration and the Unequal Development. The Experience of the EEC.* London/Basingstoke: Macmillan, 291-306.
- Bienefeld, Manfred (1981): Dependency and the Newly Industrialising Countries (NICs): Towards a Reappraisal. In: Dudley Seers (Hg.): *Dependency Theory. A Critical Reassessment.* London: Pinter, 79-96.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. In: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): *Vielfachkrise. Im finanzdominierten Kapitalismus.* Hamburg: VSA, 79-94.
- Brugger, Ernst/Stuckey, Barbara (1986): Introduction: Self-reliant development in Europe. In: Bassand, Michel/Brugger, Ernst/Bryden, John/Friedmann, John/Stuckey, Barbara (Hg.): *Self-Reliant Development in Europe. Theory, Problems, Actions.* Aldershot/Vermont: Gower, 1-5.
- CEPAL (Hg., o.J.): Raúl Prebisch and the Challenges of Development of the XXI Century. *Textos Esenciales: Introduction to Keynes.* <http://prebisch.cepal.org/en/works/introduction-keynes>, 11.8.2015.
- Cardoso, Fernando Henrique (1977): The Consumption of Dependency Theory in the United States. In: *Latin American Research Review*, 12 (3), 7-24.
- Chilcote, Ronald (1978): A Question of Dependency. In: *Latin American Research Review*, 13 (2), 55-68.
- Danescu, Elena Rodica (2013): A rereading of the Werner Report of 8 October 1970 in the light of the Pierre Werner family archives – a detailed study. Sanem: Centre Virtuel de la Connaissance sur l'Europe.
- Deubner, Christian (1982): West German Attitudes. In: Seers, Dudley/Vaitos, Constantine (Hg.): *The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners.* London and Basingstoke: Macmillan, 43-56.
- Evangelinides, Mary (1979): Core-Periphery Relations in the Greek Case. In: Seers, Dudley/Schaffer, Bernard/Kiljunen, Marja-Liisa (Hg.): *Underdeveloped Europe: Studies in Core-periphery Relations.* Sussex: Harvester, 177-195.
- Fine, Ben (2006): The New Development Economics. In: Kwame Sundaram, Jomo/Fine, Ben (Hg.): *The New Development Economics. After the Washington Consensus.* New Delhi/New York/London: Zed Books, 1-20.
- Friedmann, John (1983): Life Space and Economic Space: Contradictions in Regional Development. In: Seers, Dudley/Öström, Kjell (Hg.): *The Crisis of the European Regions.* London and Basingstoke: Macmillan, 148-162.
- Friedmann, John (1986): Regional development in industrialised countries: Endogenous or self-reliant? In: Bassand, Michel/Brugger, Ernst/Bryden, John/Friedmann, John/Stuckey, Barbara (Hg.): *Self-Reliant Development in Europe. Theory, Problems, Actions.* Aldershot and Vermont: Gower, 203-216.
- Friedmann, John/Weaver, Clyde (1979): *Territory and Function: the Evolution of Regional Planning.* London: Arnold.

- Giner, Salvador (1985): Political economy, legitimation and the state in Southern Europe. In: Hudson, Ray/Lewis, Jim (Hg.): Uneven development in Southern Europe: studies of accumulation, class, migration and the state. London/New York: Methuen, 309-350.
- Holland, Stuart (1979): Dependent Development: Portugal as Periphery. In: Seers, Dudley/Schaffer, Bernard/Kiljunen, Marja-Liisa (Hg.): Underdeveloped Europe: Studies in Core-periphery Relations. Sussex: Harvester, 139-160.
- Holman, Otto (2002): Die Neue Europäische Peripherie. Ost- und Süderweiterung der Europäischen Union im Vergleich. In: Prokla, 32 (2), 399-420.
- Hurtienne, Thomas (1981): Peripherer Kapitalismus und autozentrierte Entwicklung – zur Kritik des Erklärungsansatzes von Dieter Senghaas. In: Prokla, 11 (3), 105-136.
- Hurtienne, Thomas (1984): Theoriegeschichtliche Grundlagen des sozialökonomischen Entwicklungsdenkens. Band 2: Paradigmen sozialökonomischer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Saarbrücken/Fort Lauderdale: Breitenbach.
- Kiljunen, Marja-Liisa (1980): Regional Disparities and Policy in the EEC. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (with the assistance of Kiljunen, Marja-Liisa) (Hg.): Integration and the Unequal Development. The Experience of the EEC. London/Basingstoke: Macmillan, 199-222.
- Lipietz, Alain (1987): Mirages and Miracles. The Crisis of Global Fordism. London: Verso.
- Marsh, David (2011): The Euro. The Battle for the New Global Currency. New Edition. New Haven/London. Yale University Press.
- Muñoz, Juan/Roldán, Santiago/Serrano, Angel (1979): The Growing Dependence of Spanish Industrialization on Foreign Investment. In: Seers, Dudley/Schaffer, Bernard/Kiljunen, Marja-Liisa (Hg.): Underdeveloped Europe: Studies in Core-periphery Relations. Sussex: Harvester, 161-175.
- Musto, Stefan (1982): Structural Implications. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners. London/Basingstoke: Macmillan, 67-91.
- Musto, Stefan (Hg., 1985a): Endogenous Development : a Myth or a Path? Problems of Economic Self-Reliance in the European Periphery. Tilburg: EADI.
- Musto, Stefan (1985b): The Loss of Hegemony: Sensitive Industries and Industrial Policies in the European Community. In: Musto, Stefan/Pinkele, Carl (Hg.): Europe at the Crossroads. Agendas of the Crisis. New York et al.: Praeger, 85-102.
- Nikolinakos, Marios (1985): Transnationalization of production, location of industry and the deformation of regional development in peripheral countries: the case of Greece. In: Hudson, Ray/Lewis, Jim (Hg.): Uneven development in Southern Europe: studies of accumulation, class, migration and the state. London/New York: Methuen, 192-210.

- Nohlen, Dieter (1985): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa (Italien, Spanien, Portugal). Eine Einführung. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa: Italien, Spanien, Portugal. Bochum: Brockmeyer, 9-15.
- Nohlen, Dieter (o.J.): Dieter Nohlen – Curriculum Vitae, <http://www.nohlen.uni-hd.de/de/cv.html>, 2.12.2014.
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (1985a): Vorwort. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa: Italien, Spanien, Portugal. Bochum: Brockmeyer, 7-8.
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (1985b): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa. Externe Verursachungsfaktoren und endogene Entwicklungschancen. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa: Italien, Spanien, Portugal. Bochum: Brockmeyer, 17-73.
- Palma, Gabriel (1981): Dependency and Development: A Critical Overview. In: Dudley Seers (Hg.): Dependency Theory. A Critical Reassessment. London: Pinter, 20-78.
- Palma, Gabriel (2008): De-industrialization, ‚Premature‘ De-industrialization and the Dutch Disease. In: Steven Durlauf/Lawrence Blume (Hg.): The New Palgrave Dictionary of Economics. Basingstoke: Palgrave.
- Schlupp, Frieder (1980): Federal Republic of Germany. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): Integration and the Unequal Development. The Experience of the EEC. London/Basingstoke: Macmillan, 176-198.
- Seers, Dudley (1977): Back to the Ivory Tower? The Professionalisation of Development Studies and their Extension to Europe. In: IDS Bulletin, 9 (2), 6-11.
- Seers, Dudley (1979): The Periphery of Europe. In: Seers, Dudley/Schaffer, Bernard/Kiljunen, Marja-Liisa (Hg.): Underdeveloped Europe: Studies in Core-periphery Relations. Sussex: Harvester, 3-34.
- Seers, Dudley (1980a): The Cultural Lag in Economics. In: Pajestka, Josef/Feinstein, Charles (Hg.): The Relevance of Economic Theories. London/Basingstoke: Macmillan, 3-16.
- Seers, Dudley (1980b): Theoretical Aspects of Unequal Development at Different Spatial Levels. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): Integration and the Unequal Development. The Experience of the EEC. London/Basingstoke: Macmillan, 9-23.
- Seers, Dudley (1981): Introduction. In: ders. (Hg.): Dependency Theory. A Critical Reassessment. London: Pinter, 13-19.
- Seers, Dudley (1982): Introduction. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): the Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners. London/ Basingstoke: Macmillan, 1-21.
- Seers, Dudley (1983a): The Political Economy of Nationalism. London et al.: Oxford University Press.

- Seers, Dudley (1983b): Preface: Regional Problems and Development Theory. In: Seers, Dudley/Öström, Kjell (Hg.): *The Crisis of the European Regions*. London/Basingstoke: Macmillan, ix-xiii.
- Seers, Dudley (1983c): The Applications of Development Theories within Europe. In: Dobozi, István/ Mándi, Péter (Hg.): *Emerging Development Patterns: European Contributions*. Selected Papers of the 3<sup>rd</sup> General Conference of EADI, 11-14.11.1983. Budapest: EADI/Institute for World Economy of the Hungarian Academy of Sciences, 517-521.
- Seers, Dudley/Schaffer, Bernard/Kiljunen, Marja-Liisa (Hg., 1979): *Underdeveloped Europe: Studies in Core-periphery Relations*. Sussex: Harvester.
- Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg., 1980): *Integration and the Unequal Development. The Experience of the EEC*. London/Basingstoke: Macmillan.
- Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg., 1982): *The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners*. London/Basingstoke: Macmillan.
- Soja, Edward (1980): The Socio-Spatial Dialectic. In: *Annals of the Association of American Geographers* 70 (2), 207-225.
- Soms García, Esteban (2010): *ODEPLAN/MIDEPLAN: Una escuela para el cambio social*. Santiago: Ministerio de Planificación, Gobierno de Chile.
- Stöhr, Walter (1981): Development from Below: The Bottom-Up and Periphery-Inward Development Paradigm. In: Stöhr, Walter/Taylor, Fraser (Hg.): *Development from Above or Below? The Dialectics of Regional Planning in Developing Countries*. Chichester et al.: Wiley, 39-72.
- Stöhr, Walter (1983a): Alternative Strategies for Integrated Regional Development. In: Seers, Dudley/Öström, Kjell (Hg.): *The Crisis of the European Regions*. London and Basingstoke: Macmillan, 6-14.
- Stöhr, Walter (1983b): Alternative räumliche Entwicklungsstrategien endogener ‚selektiver Eigenständigkeit‘. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 8 (3), 117-134.
- Stöhr, Walter (1983c): Changing External Conditions and a Paradigm Shift in Regional Development Strategies. In: Pinkele, Carl/Musto, Stefan (Hg.): *Europe at the Crossroads: Agendas of the Crisis*. New York: Praeger, 283-307.
- Stöhr, Walter (1985a): Selective Self-reliance and Endogenous Regional Development – Pre-conditions and Constraints. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): *Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa: Italien, Spanien, Portugal*. Bochum: Brockmeyer, 229-249.
- Stöhr, Walter (1985b): Industrial Structural Change and Regional Development Strategies. Towards a Conceptual Framework. Paper presented at the joint UNIDO/IGU Symposium on Regional Development Processes/Policies and the Changing International Division of Labour, Vienna, August 20-24, 1984. Wien.
- Stöhr, Walter/Taylor, Fraser (Hg. 1981): *Development from Above or Below? The Dialectics of Regional Planning in Developing Countries*. Chichester et al.: Wiley.

- Stöhr, Walter/Tödting, Franz (1979): Spatial equity: Some anti-thesis to current regional development doctrine. In: Folmer, Hendrik/Oosterhaven, Jan (Hg.): Spatial inequalities and regional development. Boston/The Hague/London: Nijhoff, 133-160.
- Szentes, Tamás (1983): The TNC Issue: Naive Illusions or Exorcism and Lip-Service. In: Dobozi, István/Mándi, Péter (Hg.): Emerging Development Patterns: European Contributions. Selected Papers of the 3rd General Conference of EADI. Budapest, 97-118.
- Tsoukalis, Loukas (1982): Impact on the European Monetary System (EMS). In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners. London/Basingstoke: Macmillan, 163-175.
- Tsoukalis, Loukas (1997): The New European Economy Revisited. Oxford et al.: Oxford University Press.
- Vaitsos, Constantine (1980): Corporate Integration in World Production and Trade. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): Integration and Unequal Development. The Experience of the EEC. London/Basingstoke: Macmillan, 24-45.
- Vaitsos, Constantine (1982a): Transnational Corporate Behaviour and the Enlargement. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners. London/Basingstoke, 137-162.
- Vaitsos, Constantine (1982b): Conclusions: Economic Effects of the Second Enlargement. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners. London/Basingstoke: Macmillan, 243-268.
- Weissenbacher, Rudy (2015): Integration and Disintegration of the Periphery: Perspectives from the ‚European Dependency School‘. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Woodward, Susan (1985): The Economic Crisis in Southern Europe: Origins and Political Responses. In: Pinkele, Carl/Musto, Stefan (Hg.): Europe at the Crossroads: Agendas of the Crisis. New York: Praeger, 103-132.

## **Abstract**

In diesem Beitrag soll die Ausstrahlung des lateinamerikanischen Dependenzparadigmas auf Europa rekonstruiert werden. Die theoriegeschichtliche Analyse konzentriert sich dabei nicht auf die Rezeption der lateinamerikanischen Schule selbst, sondern im Vordergrund steht vielmehr, wie Elemente dieser Denkschule in den 1970er und 1980er Jahren auf die europäische Situation angewandt wurden. Dafür werden Forschungsnetzwerke und deren Analysen zu Kern-Peripherie-Beziehungen in

Europa dargestellt. All diese Netzwerke standen dem alten Entwicklungsparadigma – von manchen als ‚von oben‘ oder ‚nach außen orientiert‘ bezeichnet – kritisch gegenüber. Ein neues Paradigma ‚von unten‘ sollte hingegen strategische Elemente einer selektiven Abkoppelung und der ‚self-reliance‘ enthalten. Der europäische Integrationsprozess spielte für viele eine wichtige Rolle in den Einschätzungen zukünftiger Entwicklung, die noch heute eine große Aktualität zu besitzen scheinen. Der Autor hält es für fruchtbar, die Forschungsagenda der „Europäischen Dependenzschule“ wieder aufzunehmen, zu präzisieren und an die geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

In this contribution to the history of theory, the author reconsiders the impact of the Latin American dependency paradigm on Europe. The analysis does not deal with the reception of the Latin American dependency school itself, but rather focuses on elements of this school as they were used to explain the European situation in the 1970s and 1980s. For that purpose, it delineates research networks and their analyses of core-periphery relations in Europe. All of these networks had a critical attitude towards the old development paradigm. Some called it development 'from above' or 'to the outside'. A new paradigm was to include strategic elements of a 'selective spatial closure' and 'self-reliance'. For many, the European integration process played an important role in their estimates of future developments. Much of this analysis still seems relevant and topical today. The author considers it fruitful to take up the research agenda of the 'European dependency school', to re-define it, and adapt it to altered contemporary circumstances.

Rudy Weissenbacher  
Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung,  
Wirtschaftsuniversität Wien  
rweissen@wu.ac.at